



Protest gegen Rassisten im Rathaus Neukölln

29. Oktober, 14.30 Uhr: Die Türen des Rathauses Neukölln sind für Besucher geschlossen, um den Rassisten von „Pro Deutschland“ eine ungestörte Zusammenkunft zu ermöglichen.

Unter starkem Protest hat die rechtspopulistische „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ am 29. Oktober im Rathaus Neukölln ihren Neuköllner Kreisverband gegründet. Stimmberechtigt waren auf der Versammlung 12 Personen.

Die selbsternannte „Bürgerbewegung“ hatte die Nutzung eines Raumes im Rathaus über das Verwaltungsgericht eingeklagt. Was dann geschah, brachte den Protest vor das Rathaus: Bürgermeister Buschkowsky (SPD) hatte nach einer Polizeibegehung entschieden, dass das Rathaus für den Publikumsverkehr gesperrt und in eine Polizeifestung verwandelt wird. Die Beschäftigten

29. Oktober, 17.30 Uhr: Neuköllner Demokraten versammeln sich vor dem Rathaus, um gegen die Rassistenversammlung im Rathaus zu protestieren. Darunter viele Mitglieder und Sympathisierende der Neuköllner LINKEN.

des Rathauses mussten um 14 Uhr ihre Arbeit beenden und bis 14.30 Uhr das Rathaus verlassen. Angemeldete öffentliche BVV-Fraktions-sitzungen der LINKEN und der Grünen wurden auf jeweils 15 Personen beschränkt. Irmgard Wurdack, Sprecherin des Neuköllner Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE erklärte dazu: „Bürgermeister Buschkowsky hat es zu verantworten, dass Rechtspopulisten und

Rassisten nicht nur entsprechend der Anordnung des Verwaltungsgerichts ein Raum im Rathaus gewährt wird, sondern gleich das ganze Rathaus überlassen wird. DIE LINKE.Neukölln protestiert scharf gegen die Einschränkung der Rechte demokratischer Parteien und ihrer BVV-Fraktionen im Neuköllner Rathaus durch die Anordnung des Bürgermeisters Buschkowsky.“

Wasser-Volksbegehren erfolgreich

Mehr als 280.000 Unterstützer / taz veröffentlicht Geheimdokumente



Das Volksbegehren „Wir BerlinerInnen wollen unser Wasser zurück!“ war erfolgreich.

Mehr als 280.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich für die Veröffentlichung der Geheimverträge der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe ausgesprochen. Daran haben auch Mitglieder der Partei DIE LINKE einen großen Anteil.

Mittlerweile hat die tageszeitung unter www.taz.de/wasservertrag Auszüge dieser Verträge veröffentlicht. Im Jahr 1999 haben CDU und SPD den Konzernen RWE und Veolia milliardenschwere Renditen garantiert, die die Berlinerinnen und Berliner jahrelang mit ihrer Wasserrechnung bezahlt haben. Der Bezirksvorstand DIE LINKE.Neukölln hat nun die Senatoren und die Abgeordnetenhausfraktion der LINKEN aufgefordert, das Volksbegehren als Gesetz ins Parlament einzubringen und dort zu beschließen. Denn nur eine offizielle Veröffentlichung gewährleistet, dass gegen die Verträge geklagt werden kann.

„Pest oder Cholera“

DIE LINKE setzt den Kampf für eine kostengünstige Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe fort. Zugleich verlangen, ebenso wie viele Berlinerinnen und Berliner,



21.15 Uhr am Vorabend des Abgabetermins: Die 250.000 Unterschrift kommt auf den Tisch. Weitere 30.000 folgten in den letzten Stunden.

Mitglieder der Partei DIE LINKE Aufklärung über die Vertragsänderung des Jahres 2004, die Senator Harald Wolf (PDS/jetzt DIE LINKE) verhandelt und gezeichnet hat. Der Landesvorstand DIE LINKE.Berlin hatte dazu erklärt: „In der Novelle des Teilprivatisierungsgesetzes und der Verträge 2004 musste für die 1999 garantierte Kalkulation inklusive der Renditegarantie eine gebühren-

rechtlich zulässige und tragfähige Grundlage gefunden werden. Andernfalls wäre das Land aus den Verträgen von 1999 direkt in Anspruch und Haftung genommen worden. Die Aushandlung und Schaffung dieser Grundlage glich der Wahl zwischen Pest und Cholera.“ Die Offenlegung der Verträge ermögliche es allen an der Sache Interessierten, sich nun selbst ein Bild zu machen.

Weitere Informationen zum Volksbegehren des Berliner Wassertisches im Internet unter: www.berliner-wassertisch.net
Die Abgeordnetenhausfraktion DIE LINKE hat eine Internetseite eingerichtet: www.berlinerwasserpreise.de

Rote Karte für Merkel – Kürzungspaket stoppen

Am 26. November wird mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2011 vermutlich auch das größte Sozialkürzungspaket seit der Agenda 2010 von der schwarz-gelben Regierungskoalition entschieden.

Der Staat ist hochverschuldet, vor allem weil er die von Banken und Spekulanten zu verantwortende Finanzmarkt-Krise stoppen musste. Nun streicht die Bundesregierung mit Verweis auf die Schulden rigoros soziale Leistungen bei denen, die bereits wenig haben: bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitslosen, Familien und Rentnerinnen und Rentnern. Sie alle sollen für die Finanzkrise zahlen! Dabei streichen die Verantwortlichen für die Wirtschaftskrise schon wieder dicke Gewinne und Boni ein. Eine Umverteilung von unten nach oben über den Umweg Bundeshaushalt, denn vor allem im sozialen Bereich wird gekürzt. Leittragende sind diejenigen, die wenig haben, ebenso wie die Kommunen. Große Vermögen und Einkommen bleiben unangestastet.

Kanzlerin Merkel betreibt zusammen mit der FDP eine Politik der Spaltung, die Meinung der Mehrheit der Menschen zählt nicht mehr, das wird ganz deutlich bei der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke oder bei dem Mega-Projekt Stuttgart 21. Dagegen setzen sich die Menschen zu Wehr und bringen demokratisch, lebendig und breit ihre Meinung zum Ausdruck. Darauf reagiert die Bundesregierung mit dem Verweis, sie sei ja schließlich gewählt worden, Verfahren seien abgeschlossen – sie macht unbeeindruckt weiter. Auch beim so genannten Sparpaket werden schon jetzt demokratische Regeln, wenigstens die Verabschiedung im Bundestag und Bundesrat, außer Kraft gesetzt, wenn schon jetzt an ALG-II-Bezieher/-innen Bescheide verschickt werden, die sie über noch nicht entschiedene Kürzungen des Elterngeldes informieren.



Foto: KDH

Am 26. November wieder dabei: DIE LINKE.Neukölln. Gemeinsam gegen das Kürzungspaket.

DIE LINKE ruft deshalb auf, am 26. November 2010, 10.00 Uhr, am Reichstagsgebäude der Bundesregierung die ROTE KARTE zu zeigen: Der Protest muss dorthin getragen werden, wo die Entscheidung getroffen wird. Organisiert wird dies von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus sozialen Gruppen, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften. Es geht darum, ein Zeichen für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums und der zu tragenden Lasten zu setzen.

Den ganzen Vormittag bis zur Abstimmung gegen 13.00 Uhr wird es rund um den Bundestag Veranstaltungen, Kulturprogramm, Kundgebungen und Aktionen geben. Eine Schüler/-innendemonstration vom Potsdamer Platz zum Reichstag ist angekündigt. Wer sich an welchen Programmpunkten und Protestaktivitäten beteiligen will, soll der eigenen Kreativität überlassen werden. Ziel ist es mittels einer Belagerung des Reichstagsgebäudes der Bundesregierung die Rote Karte zu zeigen, notfalls soll dies auch mit friedlichem zivilen Ungehorsam geschehen.

DIE LINKE steht für eine soziale Alternative im Parlament und auf der Straße! Wir fordern die sofortige Rücknahme der Rente ab 67! Hartz IV muss weg! Wir brauchen stattdessen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung. Das Elterngeld darf nicht angerechnet werden. Gleichzeitig muss ein gesetz-

licher Mindestlohn eingeführt werden. Schluss mit Armutslöhnen, Lohndumping und Zwangssystemen!

Mach mit bei der LINKEN und engagiere dich gegen diese zutiefst unsoziale Politik.

Mehr Informationen über diese Themen findest du unter www.die-linke.de/politik/themen/sparpaket_und_krise/ oder auf der Seite des Bündnisses www.sparpaket-stoppen.de.

Auf einen Blick: Was ändert sich bei Hartz IV?

1. Leistungen für Bildung und Teilhabe: Kinder sollen zusätzlich Kosten für Schulausflüge, für Lernförderung, die Kosten der schulischen Mittagverpflegung, sowie Mitgliedsbeiträge für Sportvereine, Musikunterricht oder vergleichbare Angebote finanziert werden. Diese Leistungen sollen als Gutschein erbracht, bzw. direkt zwischen Anbieter und SGB II-Leistungsträger abgerechnet werden, wozu zwischen beiden vorher ein Vertrag geschlossen werden muss. Weigert sich jedoch der SGB II-Leistungsträger, mit dem Anbieter einen Vertrag abzuschließen, oder umgekehrt, können Kinder diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen.

2. Einkommensanrechnung: Darlehen, die demselben Zweck wie die Leistungen des SGB II dienen und die nicht innerhalb von 6 Monaten ab Zufluss des Darlehens zurückgezahlt werden, werden als Einkommen angerechnet.

3. Freibetrag in Höhe des Elterngelds von 300 €: Er wird ersatzlos gestrichen.

4. Unterkunftskosten: Die Länder können die kommunalen Leistungsträger ermächtigen oder verpflichten, zu bestimmen, welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind. Die oberste Landesbehörde muss die Angemessenheit nur dann prüfen oder ihr zustimmen, wenn das Land dies so festlegt. Dabei darf der jeweilige kommunale Leistungsträger auch Pauschalen festlegen.

5. Befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld I: Er wird ersatzlos gestrichen. Er konnte im 1. Jahr bei Einzelpersonen bis zu 160 € (im 2. Jahr 80 €), bei 2 Personen 320 € (160 €) und je Kind 60 € (30 €) ausmachen.

6. Beitrag zur Rentenversicherung: Er wird ersatzlos gestrichen. Dadurch entsteht ein Rentenverlust von ca. 2 € monatlich je Jahr des Leistungsbezugs. Der Zugang zur Rente wegen voller Erwerbsminderung wird dadurch ebenfalls erschwert.

Zusammengestellt von der BO Hermannstraße der Neuköllner LINKEN

Atompolitik verseucht künftige Generationen

Schwarz-Gelb kippt Atomausstieg – Was das Atom-Kartell beschlossen hat, kann breiter Protest rückgängig machen

Nach dem Atomausstieg ist vor dem Atomausstieg. Am 28. Oktober 2010 haben die Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert.

Auch einige Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion stimmten gegen den Antrag der Regierung. Nach dem Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung werden die nuklearen Anlagen noch bis mindestens 2035, wahrscheinlich aber noch länger am Netz bleiben.

Bundsumweltminister Norbert Röttgen (CDU) begründet diese Entscheidung mit einer „wertegebundenen, modernen Politik der Zukunftssicherung“. Deutschland bekomme mit diesem Konzept die „klimafreundlichste und wettbewerbsfähigste Klimaversorgung in Europa“, so der Minister. Mehr über die ökonomischen Interessen der Regierung verriet der CSU-Politiker Georg Nüßlein: „In vielen Ländern der Welt werden neue Atomkraftwerke gebaut. Wir wollen, dass das auch mit deutscher Technologie passiert und dass auch deutsche Firmen von dieser Entwicklung profitieren!“

Die rot-grüne Bundesregierung hatte im Jahr 2000 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Leider war der damalige Atomkompromiss so zaghaft, dass er jetzt wieder rückgängig gemacht werden kann. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass auch die nun beschlossene Laufzeitverlängerung revidierbar ist. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil verweist hier auf die Bundestagswahlen 2013. Doch so lange darf die Opposition nicht warten. LINKE-Fraktionschef Gregor Gysi kündigte an, gegen die Entscheidung eine Verfassungsklage auf den Weg bringen zu wollen. Die Regierung habe den Bundesrat umgangen, weil es

dort keine Mehrheit für das Energiekonzept gegeben hätte. Nicht erst 2013 gilt es, Widerstand gegen eine Politik, die die Interessen der obersten Zehntausend gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen will.

Bereits jetzt ist es wichtig, für Alternativen zu streiten. Zum einen haben die erneuerbaren Energien in den vergangenen zehn Jahren 350.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dagegen scheinen die 70.000 Beschäftigten der Rüstungsindustrie eher marginal – diese könnten ja auch im Sektor der erneuerbaren Energien arbeiten. Zum anderen bedarf es eines tiefgreifenden Umbaus des wirtschaftlichen Systems. Weniger Energieverbrauch ist mittel- und langfristig nur möglich, wenn regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe massiv gefördert werden. Nicht mehr Wachstum, sondern Schrumpfung ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Energiewende. Für kapitalistische Profitlogik ist hier allerdings kein Platz.

Kohlekraft ist keine nachhaltige Alternative zur Atomkraft. Dennoch verlängert das beschlossene Energiekonzept der Bundesregierung auch die Laufzeiten von Kohlekraftwerken. „Mit dem Festhalten an Kohlemeilern wird Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlen“, warnt Dr. Katharina Reuter von der Klima-Allianz.

Georg Nüßlein (CSU) denkt bei solchen Ausführungen an „Ökostalinismus par excellence“ und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle nennt die Protestierenden „unredlich und unverantwortlich“. Von wenig Verantwortung jedoch zeugt es, die künftigen Generationen mit Atomkraft und -müll zu belasten. Das sehen auch einige schwarz-gelbe Abgeordnete so. Frank Heinrich (CDU) hat im Bundestag gegen die Verlängerung gestimmt: „Wir wissen bis heute nicht, wie wir den Atommüll entsor-



Foto: KDH

Traktoren aus dem Wendland. Das Kennzeichen DAN steht für Widerstand.

gen können; die Risiken der Kernkraft sind nicht bis ins Letzte kalkulierbar. Entsprechend wissen wir nicht, welches Erbe wir den nachfolgenden Generationen überlassen werden. Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernkraft ist daher geboten.“

Eine Möglichkeit dazu bieten die Proteste gegen die Castor-Transporte, zum Beispiel Anfang November ins Wendland. Die Gefahren solcher Transporte und die immer noch nicht geregelte Frage der Endlagerung atomaren Mülls hängen zusammen mit der Laufzeitverlängerung. Schließlich bedeutet sie, dass bis mindestens 2035 weiterer Atommüll produziert wird. Hier ignoriert die Regierung die unabsehbaren Gefahren atomarer Strahlung für Mensch und Natur. Solange es keinen Atomausstieg und keine wissenschaftlich einwandfreie Endlagerung gibt, darf es die Bevölkerung nicht zulassen, dass Atommüll durch Deutschland und Europa fährt.

Unter dem Motto „Atomausstieg bleibt Handarbeit“ bereiten Atomkraftgegner/-innen massive Blockaden des Castor-Transportes nach Gorleben vor. Die Aktion „Castor? Schottern!“ kündigt an, Steine aus dem Gleisbett zu entfernen, um den Castor-Zug zu stoppen. Im entsprechenden Aufruf heißt es: „Mit unserem Schottern wollen wir der Atomlobby jenen Boden entziehen, auf dem sie ihren Müll gegen den Willen der Bevölkerung durch die Lande prügeln lässt. Das Loch im Bahn-

damm wird öffentlich sichtbar machen: Es gibt keine gesellschaftliche Basis, die diese Transporte als wesentlichen Bestandteil für den Weiterbetrieb von Atomanlagen trägt. Mit uns gibt es kein ‚Weiter so!‘. Der Weg wird unterbrochen.“

Neun Abgeordnete der Linksfraktion haben wegen ihrer Unterstützung des Schotterns bereits Post von der Staatsanwaltschaft Lüneburg erhalten, die ein Ermittlungsverfahren gegen sie wegen Störens der öffentlichen Ordnung einleiten will.

Zu ihnen gehört auch Inge Höger, die sich in ihrem politischen Alltag eher mit Militär- und Rüstungspolitik beschäftigt. Sie wird auch bei den Protesten im Wendland mit der Bundeswehr in Berührung kommen. Denn im Rahmen der Amtshilfe bekommt die Polizei Unterstützung durch die Bundeswehr. So stellt sie jede Menge Infrastruktur zur Verfügung. Dazu gehören Bundeswehr-Standorte, die den etwa 1.100 Landes- und 270 Bundespolizist/-innen als Unterkünfte dienen sollen. Zudem „will die Bundeswehr einen Verbindungsoffizier in den polizeilichen Führungsstab entsenden“, sagte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Diese Drohkulisse wird jedoch die Protestierenden nicht abschrecken: „Das Entfernen von Steinen aus einem Gleisbett ist keine Straftat, sondern eine Aktion des zivilen Ungehorsams wie Blockaden gegen Naziaufmärsche“, so Inge Höger.

Carsten Albrecht

Ortstermin: Hermannstraße 69



Seit 49 Jahren auf der Hermannstraße ansässig, zunächst mit zwei Geschäften, konnte Schmidt' Büro- und Schulmarkt mit den Großketten nicht mehr konkurrieren.

Interview mit Claudia Horn, die zusammen mit ihrem Mann den letzten Einzelhandels-Schreibwarenladen auf der Neuköllner Hermannstraße betrieb. Sie mussten den Laden am 8. Oktober 2010 nach 49 Jahren Geschäftsbetrieb endgültig schließen.

Seit wann betreiben Sie den Schreibwarenladen?

Meine Eltern eröffneten den Laden am 1. März 1961. Er existierte 49 Jahre als Familienbetrieb. Mein Mann und ich übernahmen ihn nach dem Mauerfall. Der Name „Schmidt“ kommt noch von meinen Eltern.

Lohnt sich das Geschäft nicht mehr?

Es lohnt sich nicht nur nicht mehr, es ging einfach nicht mehr. Bis vor drei Jahren bildeten wir sogar noch Einzelhandelskaufleute aus. Wir dachten eigentlich, wir würden aus diesem Laden mit den Beinen zuerst heraus getragen. Mit der Entscheidung haben wir es uns wirklich nicht einfach gemacht. Wir haben es bis zum letzten ausgefochten.

Warum ging es bergab?

Es begann schon kurz nach dem Mauerfall. Die herstellenden Betriebe in den Seitenstraßen und Hinterhöfen suchten das Weite und zogen in den Speckgürtel, wo die

Gewerbeparks wuchsen. Es gab hier viele kleine Handwerksbetriebe, Schreinereien, Tischler, Metallverarbeitung usw. Die Mieten im Umland waren attraktiver und die Betriebe hatten dort mehr Platz. Das war der erste richtige Abbruch hier in Neukölln.

Die Gegend wandelte sich von einem Arbeiter- und Angestelltenbezirk zu einem Bezirk der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger. Auch die Löhne sind inzwischen erschreckend niedrig. Verkäuferinnen



Claudia Horn mit ihrem Mann vor dem Traditionsgeschäft in der Hermannstraße.

bekommen zum Beispiel häufig nur noch fünf oder sechs Euro in der Stunde, während sie wegen der Ladenöffnungszeiten immer länger arbeiten müssen. Das alles spiegelt sich im Kaufverhalten der Menschen. Die gehen dann dorthin, wo es am billigsten ist.

Welche Läden sind das?

Teddy, McGeiz und Rossmann haben uns eingekreist. Aldi und Lidl fahren mittlerweile vier- bis fünfmal im Jahr Sonderaktionen mit Schreibwaren. In den Billigläden

werden die Schreibwaren zum Einkaufspreis verhöckert, sie dienen nur als Zugpferde für ihre Billigprodukte aus China.

In diesen Läden decken die Anwohner ihren alltäglichen Bedarf an Schreibwaren, während für uns allenfalls noch die „Exoten“ blieben. Wer zum Beispiel eine Staffelei brauchte, besondere Pinsel, Ersatzteile, eine Reparatur oder eine Ersatzfarbe, der kam noch zu uns. Aber davon konnten wir nicht leben. Was wegfiel, war der Verkauf der alltäglichen Dinge wie Karten, Papier oder Schreibhefte.

Sie sind auf der Hermannstraße aufgewachsen. Welche Änderungen in der Geschäftsstruktur stellen Sie fest?

Heute existiert hier doch nur noch eine reine Monokultur. Es gibt noch Bäcker, Supermärkte und Spielhöhlen, aber viel mehr nicht. Früher war die komplette Nahversorgung gewährleistet. Es gab Lederwaren, Fischläden, Geflügelläden, Eisenwarenläden und echte Boutiquen mit Qualitätswaren. Man musste nirgendwo hinfahren, um etwas zu kaufen. Das waren alles kleine Geschäfte, die im Laufe der Jahre auf der Strecke blieben. Es gab auch Einkaufsmöglichkeiten für jeden Geldbeutel, zum Beispiel einen Strickladen, in dem man selbstgestrickte Pullover für 20 DM kaufen konnte.

Und Sie waren der letzte Mohikaner unter den Schreibwarenläden...

Früher hatten wir auf der Hermannstraße samt Nebenstraßen

zehn Kollegen. Im Nordneuköllner Kiez haben wir alle nebeneinander existiert. Obwohl die alle nach und nach verschwanden, bekamen wir keinen Zulauf. Es ist eben einfacher, einen billigen Füller fünfmal im Jahr neu zu kaufen, als einmal einen vernünftigen, der mich ein halbes Leben begleitet. Manchmal fehlt es den Konsumenten nicht nur an Geld, sondern auch an der Wertschätzung des Produktes. Dabei sparen sie auf lange Sicht nichts, wenn sie auf die Billigprodukte zurückgreifen. Unter dem Preiskampf leiden alle, vor allem aber die Produzenten. Dies wird in der Lebensmittelbranche besonders deutlich. Der Kaffee ist heutzutage sehr billig geworden, früher bezahlten wir noch 10 bis 12 Mark für ein Pfund, was sehr viel Geld war. Die Pflücker leiden darunter, während die Industrie kräftig verdient.

Wie hat sich die Käuferstruktur geändert?

Im Einzelhandel war es unsere Aufgabe, den Kunden vom „Guten Tag“ bis zum „Auf Wiedersehen“ zu bedienen. Heute wollen sich die Leute lieber selber bedienen, wie sie das aus den Kaufhäusern und Einkaufszentren kennen. Kommunikation im Verkauf ist selten geworden. Manchmal denke ich, es handelt sich um Kontaktängste. Immer mehr Leute können sich immer schlechter ausdrücken, für manche ist es unmöglich, ihren Kaufwunsch zu umschreiben, egal ob es sich nun um Deutsche oder Ausländer handelt.

Umgekehrt waren gerade diejenigen, die nicht gut lesen oder schreiben konnten, besonders gute Kunden von uns. Sie zeigten uns einen Zettel aus der Schule, auf dem stand, was sie brauchten und wir konnten das dann für sie heraussuchen. So persönlich können diese Menschen mit Sprachschwierigkeiten in den großen Läden nicht bedient werden. Das kann nur der Einzelhandel leisten.

Wie sehen ihre weiteren Pläne aus?

Da gibt es noch keine. Wir bedauern es sehr, dass wir hier weg müssen, nicht nur wegen uns, sondern auch, weil wir die Letzten sind, wo gerade die Kinder besonders gerne hingekommen sind, weil sie wussten, dass ihnen hier geholfen wurde.

Das ist sehr schade.

Das Gespräch für Neu-Köllnisch führte Benjamin Düsberg



DIE LINKE. Neukölln zeigt am Richardplatz 16 vom 15. November bis zum 10. Dezember die Fotoreportage „Auf gepackten Koffern – Leben in der Abschiebehafte“.

Im Abschiebungsgewahrsam in Berlin-Köpenick leben gegenwärtig etwa 50 Menschen auf gepackten Koffern. Die Abschiebehafte kann der Endpunkt eines langjährigen Aufenthalts in Deutschland sein, und sie kann auch der erste Ort sein, den ein Flüchtling oder Migrant nach seiner

Ankunft in Berlin kennen lernt. Es ist fraglich, ob er dann überhaupt etwas anderes von Deutschland sehen wird, als dieses spezielle Gefängnis.

Die Reportage „Auf gepackten Koffern“ ermöglicht es Abschiebehäftlingen mit der Öffentlichkeit über Fotos und Berichte zu kommunizieren. Anhand von Interviews mit acht Inhaftierten werden die unterschiedlichen Aspekte der Abschiebehafte dargestellt.

Die Ausstellung ist ein Projekt des Flüchtlingsrates Berlin, in Zusammenarbeit mit der Initiative gegen Abschiebehafte, Cimade Paris und Pro Asyl.

Die Vernissage findet am Montag, dem 15. November 2010 um 19 Uhr im Ladenlokal der Neuköllner LINKEN am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U 7 Karl-Marx-Straße) statt.

Die Ausstellung kann bis zum 10. Dezember 2010 kostenlos besichtigt werden: montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16 und von 17 bis 19 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung unter 030-613 5919.

DIE LINKE lernt – wirklich?

Das ist das Motto des dritten zentralen Bildungstages der LINKEN.

Was und wie wird gelernt? Erreichen wir einen Zuwachs an theoretischen Kenntnissen und praktischen Fähigkeiten? Der Tag beginnt mit einer Diskussionsrunde zum Thema „Alle reden vom Kapitalismus – wie lernt man, ihn besser zu begreifen?“ Danach wird mit Experten weiter diskutiert und es werden Methoden einer lebendigen Bildungsarbeit vorgestellt. Nachmittags wird intensiv in Arbeitsgruppen diskutiert: Kapitalismuskritik in der Bildungsarbeit, Herausforderung Rechtspopulismus, Organisation der Bildungsarbeit vor Ort, Pädagogik, Bildungsarbeit und politische Aktion.

Der Bildungstag findet am 27. November von 11 bis 18 Uhr im ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (nahe Ostbahnhof) statt. Anmeldung unter: http://die-linke.de/mitgliedschaft/politisch_weiterbilden/bildungstag_2010/

Tempelhofer Feld soll Ort für Sport bleiben

Das Tempelhofer Feld soll nicht bebaut werden, sondern für Erholung und Sport genutzt werden können. Das forderten die Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung für den Sportler und Antifaschisten Werner Seelenbinder am 24. Oktober.

In einer Resolution appellierten die Antifaschisten an den Berliner Senat und an das Neuköllner Bezirksamt sowie die Bezirksverordnetenversammlung, dass von Verkaufs- und Bebauungsplänen auf dem Tempelhofer Feld Abstand zu nehmen sei. Außerdem erwarten sie, dass „im ehemaligen Flughafen-Gebäude und auf dem Tempelhofer Feld Gedenkstätten eingerichtet werden im Andenken an das KZ Columbiahaus, in dem über 8.000 An-

tifaschisten, darunter auch Werner Seelenbinder, inhaftiert waren.“ Das gelte auch für das Andenken an die von 1940 bis Kriegsende auf dem Tempelhofer Feld beschäftigten Zwangsarbeiter/-innen.

Sport, so zeige das Vorbild Werner Seelenbinders, fördere Teamgeist und Solidarität, heißt es in der Resolution weiter. „Heute, wo viele junge Menschen ohne berufliche Perspektive der Straße überlassen bleiben, kann Sport gemeinsames Handeln stärken. An den Werner-Seelenbinder-Sportpark grenzt das Tempelhofer Feld. Am 8. Mai 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung vom

Faschismus, wurde das Tempelhofer Feld wieder den Menschen von Berlin zur allgemeinen Nutzung übergeben. Neben den vielfältigen Freizeitvergnügen wird es hauptsächlich für den Sport genutzt. Die Menschen haben kostenlos und ohne Vereinszugehörigkeit Trainingsmöglichkeiten.“ Dies habe in Neukölln Tradition. Bereits vor 1933 gab es an der Oderstraße den für alle Menschen offenen Bruno-Taut-Sportpark. Inzwischen sei auch das gesamte Tempelhofer Feld ein Sportpark geworden. Er solle, in Anlehnung an die Idee Bruno Tauts, weiterhin in seiner gesamten Fläche von 386 ha für alle offen sein. Ein Teilver-

kauf an private Investoren, die dort Bebauung vornehmen wollen, stehe dem entgegen.

Auf der Veranstaltung im Kiez-Treff „Warthe-Mahl“ präsentierte Peter Klaar neue Ergebnisse seiner Recherchen im Landesarchiv zur Biografie Werner Seelenbinders und zur Arbeitersportbewegung.

Zuvor fand eine Würdigung für den vor 66 Jahren im Zuchthaus Brandenburg ermordeten Werner Seelenbinder am Stadion statt. DIE LINKE. Neukölln legte an der Urnenstätte ein Blumengebilde im Gedenken an den Arbeitersportler und Antifaschisten nieder.



Der Neuköllner Arbeiterveteranenchor gestaltete die Gedenkveranstaltung am Werner-Seelenbinder-Stadion mit Liedern der Arbeitersportbewegung.

